

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD
3003 Bern

Bern, 12. Oktober 2023
VZAE_Härtefallregelung / MZ

Elektronischer Versand: vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die vorliegende Vorlage setzt die Motion [22.3392](#) der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates um, die letztes Jahr von beiden Räten knapp angenommen wurde. Sie beauftragt den Bundesrat, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass der Zugang zur beruflichen Grundbildung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers (Personen mit rechtswidrigem Aufenthalt) erleichtert wird. Der Bundesrat und die Kommission des Ständerats haben in ihren Stellungnahmen die Motion zu Recht zur Ablehnung empfohlen, was von der FDP unterstützt wird.

Die Lockerung bzw. Erweiterung der Härtefallregelung erweist sich als ein Pull-Effekt auf die illegale Migration. Im Sinne einer «harten, aber fairen» Migrationspolitik, die die FDP fördert, müssen Personen mit einem negativem Asylentscheid oder ohne Bleiberecht konsequent das Land verlassen. Die Annahme der Forderung würde gerade in Zeiten von einer zugespitzten Migrationssituation ein falsches Signal aussenden und die illegale Migration fördern. Darüber hinaus ist zu betonen, dass die Betroffenen immer und jederzeit die Möglichkeit haben, in ihr Herkunftsland freiwillig zurückzukehren, sich aber weigern, die von den Schweizer Behörden getroffene Entscheidung zu befolgen.

Das SEM und die zuständigen kantonalen Behörden sind aufgefordert, Lösungen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr vorzuschlagen. Der FDP sind zudem rasche und unkomplizierte Verfahren wichtig, damit sich die betroffenen Personen nicht unnötig lange in der Schweiz aufhalten und auf einen Asylentscheid oder den Vollzug der Rückkehr warten müssen.

Das Problem der Lehrabbrüche, die schon im Ständerat behandelt wurden, betrifft jedoch nur sehr wenige Fälle. Deshalb soll in äusseren Ausnahmefälle weiterhin die bereits heute bestehende Härtefallregelung zur Anwendung kommen und die Ausreisefrist für solche Personen bis zum Abschluss der beruflichen Grundausbildung verlängert werden.

Aus den oben genannten Gründen lehnt die FDP die vorliegende Änderung der VZAE zur Ausweitung Härtefallregelung ab.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun